

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/247

28. Dezember 1973

Diese Opposition ist wirklich unnütz

Die CDU/CSU zieht ihre eigene Negativbilanz

Seite 1 / 34 Zeilen

Zügig voran in der Reformpolitik

Notwendige Anmerkungen zum Jahreswechsel 1973/74

Von Prof. Dr. Hans G. Schachtschabel MdB

Seite 2 und 3 / 98 Zeilen

Arbeitnehmer nicht einseitig belasten

Folgerungen aus der Ölkrise für die Lohn- und Einkommenspolitik

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 101 Zeilen

Die Banken schießen sich auf die Vermögensbildung ein

Sachliche Klarstellungen zum Start einer Anzeigenaktion

Von Dr. Wilhelm Nölling MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

Der Verschwendung Grenzen setzen

Werden zu Silvester wieder Millionen verpulvert?

Seite 8 / 42 Zeilen

- * * Allen Lesern und Mitarbeitern
- * * Gesundheit und Erfolg für 1974 !
- * * (Die nächste Ausgabe dieses Dienstes erscheint
- * * am 2. Januar 1974)

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 126 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 68 88 646 - 48 pppn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Diese Opposition ist wirklich unnütz

Die CDU/CSU zieht ihre eigene Negativbilanz

Die konzertierte Kritik-Aktion, mit der sich die Opposition, sogar in den einzelnen Phrasen synchron, zur Jahreswende zu Wort gemeldet hat, ist für die Situation, in der wir uns als Staat, als Gesellschaft und als Einzelbürger in dieser Übergangszeit in das Jahr 1974 befinden, unerheblich und unnütz. Die CDU, die sich nach ihrem Hamburger Parteitag suggerierte, daß sie endlich aus dem Tief der Wahlniederlage herausgefunden und sich zu einer Opposition gemauert hätte, weiß außer Schwarz-in-Schwarz-Malerei nichts zu bieten. Von konstruktiven Alternativen ist keine Spur zu finden. Die CSU läßt sich u.a. durch Richard Stücklen vertreten, der die Macht der Opposition darin sieht, dem politischen Gewissen der Bürger Stimme und Nachdruck zu verleihen. Für den Bürger, der wissen will, was eine CDU oder eine CSU konkret anders und besser machen würde, wenn sie in Bonn an der "Macht" wären, sind solche Redensarten weniger als ein Nichts.

Der DDR-Lyriker Reiner Kunze, der in diesen Tagen in Bonn aus seinen Werken gelesen hatte, fand für eine solche Art von steriler Opposition die passende Darstellung: Eine Opposition nämlich, die nur als starre Gegenhaltung verstanden wird, die es sich nicht leisten kann, durch Staunen verunsichert zu werden, und die das wenige an Objektivität, dessen der Einzelne fähig ist, häufig unmöglich macht.

Mag sein, daß sich bei der CDU oder CSU ein Tropf findet, der dieses Zitat eines DDR-Bürgers in einem sozialdemokratischen Organ für einen Fehlgriff hält. Eine solche Reaktion würde ins Normalbild des Bonner Konrad-Adenauer-Hauses und noch mehr der Münchener Lazarettstraße passen. Aber der Mann Reiner Kunze hat mit seiner Aussage recht, auch wenn er dabei gar nicht an die triste CDU/CSU-Opposition in der Bundesrepublik gedacht hat.

Diese Opposition hilft uns allen keinen einzigen Schritt weiter. Das werden die Koalitionsparteien einzukalkulieren haben, wenn sie, auf den gegen die CDU und CSU erkämpften Erfolgen und Fortschritten aufbauend, im Neuen Jahr mit ungebrochenen Kräften weiter an die Reformarbeit herangehen, und wenn sie sich bemühen werden, die Arbeitsplätze und die Stabilität entschlossen abzuschirmen und zu sichern. Willy Brandts Neujahrsansprache steckt den Rahmen des Feldes ab, das zu bestellen ist. Die Opposition muß selbst wissen, ob sie es sich leisten kann, auch weiterhin nur der Schreier am Rande zu bleiben.

(ee/28.12.1973/ks/ee)

+ + +

Zügig voren in der Reformpolitik

Notwendige Anmerkungen zum Jahreswechsel 1973/74

Von Prof. Dr. Hans G. Schachtschabel MdB

Das Jahr 1973 ist außen- wie innenpolitisch ganz gewiß nicht störungsfrei verlaufen. Es waren zwölf Monate voller Probleme und Spannungen, voller Schmerz und Leid - ob in Nahost, in Chile oder in Äthiopien. Manche werden es sogar als nicht zufriedenstellend ansehen, weil für sie persönliche Schwierigkeiten oder Beschränkungen aufgekommen sind, gelegentlich verbunden mit Befürchtungen über die zukünftige Entwicklung.

1973 ist aber auch ein erfolgreiches Jahr gewesen. Denn die sozialliberale Regierung hat mit ihrer Außenpolitik weitere entscheidende Beiträge zum Frieden geleistet. Meilensteine dafür sind der Ausbau ihrer Beziehungen zum Osten, insbesondere auch zur DDR durch die Ratifizierung des Grundvertrages, sowie die Aufnahme der BRD als Mitglied in die Vereinten Nationen. Andere, ebenfalls in der Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 genannte außenpolitische Ziele, vor allem die Verwirklichung der Europäischen Union, sind mit entsprechenden Maßnahmen erfolgreich angestrebt oder erreicht worden.

Für die Innenpolitik steht die Verbesserung der Lebensqualität im Mittelpunkt. Sie ist vom Bundeskanzler Willy Brandt gekennzeichnet worden als eine "Bereicherung unseres Lebens über Einkommen und Konsum hinaus", doch setze sie "ein neues Verständnis vom Allgemeininteresse voraus", wie sie immer mehr davon abhängt, "wieviel gute Nachbarschaft" es bei uns gebe und "was die Gemeinschaftseinrichtungen zu leisten" in der Lage seien. Aus dieser Sicht seien auch die von der Mehrheit der Bürger formulierten und getragenen Reformen zu verstehen.

Von dieser Auffassung ausgehend hat die sozialliberale Regierung wichtige, von der CDU/CSU in ihrer früheren Rolle als Regierungspartei vernachlässigte und teilweise längst überfällige Reformvorhaben in Gang gebracht und verwirklicht. Bezeichnend dafür ist die große Steuerreform, die nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit und Vereinfachung des Steuersystems zügig fortgesetzt worden ist und am 1. Januar 1975 endgültig in Kraft treten wird. Verbunden damit sind dringend notwendige gesellschaftspolitische Bestrebungen.

Im sozialpolitischen Bereich geht es um die Humanisierung der Arbeitswelt. Wenn bislang der Ausbau der sozialen Sicherung im Vordergrund stand und deren Entwicklung auch weiterhin fortgesetzt werden wird, so ist nun die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsbeziehungen ein entscheidendes Anliegen. Kernpunkte sind das Arbeitsrecht und der Arbeitsschutz. Für die Gebiete der Mitbestimmung sowie der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand können in nächster Zeit entsprechende Gesetzesentwürfe erwartet werden. Trotz dieser großen Vorhaben darf nicht übersehen werden, daß die Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes bereits in den zuständigen Ausschüssen erörtert wird. Das Gesetz zur Verbesserung des Kündigungsschutzes für Betriebsjugendvertreter und junge Betriebsratsmitglieder wird "mißliebige Jugendvertreter" vor ungerechtfertigten Kündigungen schützen. Und schließlich sei nur noch die Reform der beruflichen Bildung erwähnt, mit der eine qualifizierte Berufsausbildung gesichert sowie Organisation und Verwaltung

der beruflichen Bildung neu geregelt werden. Gerade damit wird ein wichtiges Etappenziel innenpolitischer Reformarbeit erreicht. Durch die für das neue Jahr vorgesehene Änderung des Volljährigkeitgesetzes werden die jüngeren Bürger zukünftig bereits mit Vollendung des 18. Lebensjahres wählen können.

Allgemein wird interessieren, daß das soziale Mietrecht Dauerrecht werden soll. Mit Beginn des Jahres 1974 werden wohngeldempfänger, ferner Beziehler von Unfallrenten, Kriegsofferrenten und Altersgeldern für Landwirte mit einer erheblichen Aufbesserung ihrer Bezüge rechnen können. Im Laufe des Jahres 1974 werden die Altersrenten aus der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie der knappschaftlichen Rentenversicherung angehoben.

Selbst an die Urlauber ist gedacht. Die rechtliche Stellung der bisher durch die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Reiseveranstalter benachteiligten Urlaubersenden soll verbessert werden. Vorgesehen ist die Haftung des Veranstalters für nicht gewährte oder schlechte Leistungen auszudehnen. Überhaupt gilt es, den Verbraucherschutz zu fördern.

Diese wenigen Beispiele müssen genügen. Sie beweisen, daß eine erfolgreiche Reformarbeit betrieben worden ist und auch weiterhin durchgeführt werden wird. Natürlich kann in der knappen Zeit von einem Jahr nicht alles erreicht werden. Doch werden die intensiven Bemühungen mit sichtbaren Ergebnissen und Wirkungen auch vom strengsten Kritiker anerkannt, wenn er objektiv urteilt und nicht gerade demagogisch argumentiert.

Anlaß zur aufmerksamen Beobachtung sowie zum energischen Eingreifen bietet zweifellos die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage, verschärft durch die gegenwärtige Ölkrise. Die durch eine wirksame Stabilitätspolitik erreichte Verlangsamung der Preissteigerungen ist durch die Lieferpolitik der Ölländer sowie die teilweise rücksichtslose preispolitische Ausnutzung der Ölverknappung in Frage gestellt. Ziel der Bundesregierung ist und wird es weiterhin sein, die Preisentwicklung zu stabilisieren, aber auch entschieden den Gefahren des Arbeitsplatzverlustes entgegenzutreten und für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Gerade in diesen Tagen sind die konjunkturpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung bekanntgegeben worden, die im Zusammenhang mit ihren energiepolitischen Beschlüssen die Gewähr dafür bieten, daß ohne Angst dem Jahre 1974 entgegengesehen werden kann.

Die sozialliberale Bundesregierung ist unter sozialdemokratischer Führung willens und fähig, nicht nur die großen reformerischen Arbeiten voranzutreiben, sondern auch die akuten wirtschaftlichen Probleme, die sich jüngstens ergeben haben, tatkräftig und erfolgreich zu lösen. Die Opposition sollte sich gerade in dieser Situation ihrer Verantwortung bewußt sein. Bei aller ihr zustehenden Kritik sollte sie nicht aus politischem Machtstreben pessimistische Stimmungen fördern. Vielmehr sollte sie die Schwierigkeiten durch politische Mitarbeit schnell und zügig überwinden helfen. Das wird von allen verstanden und anerkannt werden, weil es um die gemeinsame Bewältigung gerade der durch die internationalen Verflechtungen aufgetretenen Probleme geht. Die Bundesregierung wird nicht nachlassen, die Unterstützung und Mitarbeit aller zu aktivieren, die guten Willens sind, die eingetretenen Gefahren entschieden abzuwenden und gemeinsam die kommende Entwicklung zu normalisieren.

(-/28.12.1973/bgy/ex)

+ + +

Arbeitnehmer nicht einseitig belasten

Folgerungen aus der Ölkrise für die Lohn- und Einkommenspolitik

Von Dr. Hubert Weber MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages

Der Sachverständigenrat machte in seinem Sondergutachten deutlich, daß die jetzige wirtschaftliche Situation eine völlig neue Lage heraufbeschwüre, die eine sichere Prognose nicht zulasse. Auf die Lohnpolitik bezogen bedeute das, daß gegen das "streng limitierte Angebot an Gütern und Diensten ein scharfer Kampf um hohe Nominalsteigerungen" nicht stattfinden dürfe; marktgerecht seien nur bescheidene Lohnerhöhungen. Der Sachverständigenrat und die von ihm gehörten Experten sind dabei von der Annahme ausgegangen, daß die westdeutsche Wirtschaft 1974 mit 25 vH. bis 30 vH. weniger Öl auskommen müsse.

Wie schnell sich Annahmen und darauf basierende Empfehlungen ändern können, zeigen die Beschlüsse der Erdöl-fördernden Länder im arabischen Raum. Während die Erdöl-Minister auf ihrer Konferenz in Teheran am vergangenen Wochenende mit Wirkung vom 1. Januar 1974 die Rohölpreise verdoppelt haben, haben die Außenminister der gleichen Staaten zwei Tage später ihre Ausfuhrbeschränkungen nach Westeuropa einschließlich der Bundesrepublik teilweise aufgehoben.

Die Springer-Presse meldete in ihren Weihnachtsausgaben in Balken-Überschriften, daß die Bundesrepublik jetzt in eine Kostenkrise schlittere. Die Preiserhöhungen würden das Wirtschaftswachstum bremsen, und das wirtschaftliche Wachstum werde nicht nur stagnieren, sondern sogar im Vergleich zum Jahre 1973 zurückgehen. Die Schlußfolgerungen aller Beteiligten lauten, wenn man ihren Rezepten nicht folge: mehr Kurzarbeit, mehr Arbeitslose - wieviele weiß keiner - und bei Tarifabschlüssen äußerste Mäßigkeit.

Der Bundesregierung ist zu bescheinigen: Sie hat in Fällen sozialer Not schnell geholfen. Sie hat die Ölvertuerung von den Schultern der Sozial-schwachen auf die Schultern des Staates überwältzt. Das war nötig, reicht aber letztlich nicht aus. Die Bundesregierung wird vielmehr jetzt verstärkt Preiskontrollen und Erdöl-Verteilungsinstrumente einsetzen müssen. Die Bundesregierung hat durch die Lockerung der Bremsen - Wiedereinführung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten nach § 7b und der degressiven Abschreibungen, Aufhebung der Investitionssteuer, Verzicht auf eine restriktive Haushaltsführung 1974 im investiven Teil und Ausdehnung der Sonderabschreibung für Investitionen auf dem Braunkohlen-Bergbau - neue Investitionsreize geschaffen und durch Freigabe eingefrorener öffentlicher Mittel die Beschäftigungslage beeinflußt, soweit sich im öffentlichen Investitionsbereich solche Möglichkeiten anbieten. Diese öffentlichen Investitionen machen aber nur etwa ein Achtel der Gesamtinvestitionen in der Bundesrepublik aus.

Äußerste Vorsicht ist jedoch geboten, wenn Verhaltensforderungen an die Tarifpartner gerichtet werden. Die Mitglieder der Gewerkschaften erwarten gerechte, über reale Preissteigerungen hinausgehende Lohnsteigerungen. Alle Arbeitnehmer - mit Ausnahme der im öffentlichen Dienst Beschäftigten - tragen sowieso das Beschäftigungsrisiko. Sie bringen damit vorweg Opfer. Sie sind

sich auch ihrer volkswirtschaftlichen Verantwortung bewußt. Es geht also darum, die Folgen der Ölkrise nicht einseitig auf den Arbeitnehmer abzuwälzen, der sie sowieso als Verbraucher letztlich ausbaden muß, weil gestiegene Kosten auf ihn zurückfallen.

In dieser außergewöhnlichen Situation dürfen deshalb auch keine langfristige, d.h. auf ein Jahr abgestimmte Tarifverträge abgeschlossen werden. Das Beispiel des Jahres 1973 und die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer, die ihren sichtbaren Ausdruck in spontanen Arbeitsniederlegungen gefunden hat, sollten uns warnen. Die Gewerkschaften müssen vielmehr die zurzeit unübersichtliche Situation hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung und der Preisentwicklung offenhalten, d.h. sie müssen Tarifverträge mit einer kurzen Laufzeit abschließen oder in die Tarifverträge ein außerordentliches Kündigungsrecht einbauen, das die Lösung vom Tarifvertrag ermöglicht, wenn ein Festhalten am Tarifvertrag der Gewerkschaft nicht mehr zumutbar ist.

Tarifabschlüsse, die nicht über das wirtschaftliche Wachstum im Jahre 1974 hinausgehen, bergen die Gefahr eines weiteren Nachfragerückganges in sich. Während nämlich - ausweislich des Monatsberichts November des Bundeswirtschaftsministeriums - zum Beispiel die Auslandsaufträge der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie noch steil anstiegen, bzw. um neun vH., und auch die Investitionsgüterindustrie mit 2,5 vH. höhere Auslandsaufträge aufwies, schwächte sich die Nachfrage in der Verbrauchsgüterindustrie um minus sieben vH. ab. Hier bedarf es also eines beträchtlichen Konsumanstoßes, der nur durch eine auf reale Zunahme gerichtete Lohnpolitik der Tarifvertragsparteien erreicht werden kann.

Die Bundesregierung muß diese Politik durch begleitende Maßnahmen stützen, indem sie nicht nur steuerliche Erleichterungen schafft, sondern Ungerechtigkeiten beseitigt. Die Bundesregierung hat dem Arbeitnehmer zugemutet, aus besonderen konjunkturellen Gründen, aber auch um die Steuerreform nicht zu gefährden - auch der Verfasser hat diese Ansicht vertreten - im Jahre 1974 auf steuerliche Erleichterungen zu verzichten. Wir können und dürfen diesen Verzicht nicht über 1974 hinaus ausdehnen. Das wäre mit dem Grundsatz der Gerechtigkeit, aber auch der politischen Glaubwürdigkeit nicht zu vereinbaren.

Die Bundesregierung wird schließlich dafür sorgen müssen, daß eine verlangsamte Produktionstätigkeit nicht über eine Verringerung der Beschäftigungszahlen, besonders über eine Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt. Das wird durch sektorale und strukturelle Steuerung und durch zusätzliche Investitionsanreize erreicht.

Die Bundesregierung hat es deshalb auch zurecht unterlassen, das Käuferverhalten durch gezielte Maßnahmen negativ zu beeinflussen. Dazu gehört auch der gesamte Bereich der Automobilindustrie. Diese lebt nicht von der Nachfrage einiger weniger - deshalb wirkt sich hier die Aufhebung der Investitionssteuer nicht besonders aus -, sondern von der allgemeinen Nachfrage. Der Arbeitnehmer will das Fahrzeug zur Arbeit benutzen, und er ist wegen der unzulänglichen öffentlichen Verkehrsmittel auch häufig darauf angewiesen. Es bliebe für ihn aber auch meistens die einzige Möglichkeit, mit der Familie am Wochenende die Freizeit im Sinne der Erholung zu nutzen. Die angefangene Verketterung des Autos gefährdet nicht nur jeden siebten Arbeitsplatz in unserem Land, sie verkennet auch die Bedeutung des Autos gerade für den Arbeitnehmer und dessen Familie. Sie nimmt dem Teil der Arbeitnehmer, für den das Fahrzeug geschaffen werden soll, einen wesentlichen Teil der Lebensqualität, zu deren Verbesserung die Bundesregierung angetreten ist.

(-/28.12.1973/bgy/ex)

Die Banken schießen sich auf die Vermögensbildung ein

Sachliche Klarstellungen zum Start einer Anzeigenaktion

Von Dr. Wilhelm Nölling MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Unter der Überschrift "Volkseigentum oder mehr Eigentum für alle ?" hat der Bundesverband deutscher Banken eine Anzeigenserie in einer Tageszeitung gestartet. Sie erinnert an die politisch einseitige Kampagne dieses Unternehmerverbandes im Bundestagswahlkampf 1972. Nun operieren die Interessenvertreter des privaten Bankgewerbes mit vermögenspolitischen Scheinargumenten und Halbwahrheiten, um die kurz vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen der Koalitionsfraktionen zu stören und die Pläne zur Korrektur der ungerechten Vermögensverteilung in der Bundesrepublik zu diffamieren. Den Kölner Banken-Lobbyisten wird empfohlen, eine umfangreiche Studie zur Vermögensbildung und zum Sparverhalten privater Haushalte zur Kenntnis zu nehmen, die ein Mitarbeiter ihres eigenen Verbandes, Dr. Heinz-Dieter Bosch, angefertigt hat. Im Lichte dieser und anderer Forschungsergebnisse erscheinen die Aussagen in der Anzeige als recht verwegend.

Sicherlich ist es richtig, daß etwa 40 vH. aller Haushalte über Haus- und Wohnungseigentum verfügen, das viele der Eigentümer nur unter großen Opfern erwerben konnten. Eine nähere Analyse des Eigentums an Häusern und Wohnungen verdeutlicht jedoch, daß einkommensschwache Haushalte - falls überhaupt - nur über relativ geringwertiges Haus- und Wohnungseigentum verfügen.

Von hundert Haushalten mit Grundbesitz entfallen nach Bosch 22 auf die Gruppe der Arbeiter. Jedoch: Von hundert Haushalten, deren Grundbesitz unter 20.000 DM liegt, sind 30 Arbeiterhaushalte. Bei den Haushalten mit Grundbesitz über 200.000 DM sind die Arbeiterhaushalte dagegen nur noch zu fünf vH. vertreten.

"Rund fünf Millionen Wertpapiersparer", heißt es in der Anzeige, "sind bereits am Produktivvermögen der Wirtschaft beteiligt." Nach Schätzungen des Kölner Universitätsprofessors Willgerodt, liegen jedoch zwei Drittel des Wertpapierbestandes bei Beziehern von Monatseinkommen über 10.000 DM; zwei Drittel des gesamten Wertpapiervermögens der Bundesrepublik vereinigen sich

auf nur vier vH. aller Haushalte. Von den wenigen Haushalten, die z.B. festverzinsliche Wertpapiere besitzen, sind Bosch zufolge zehn vH. Arbeiterhaushalte. Jedoch: Unter den Haushalten, deren Bestand an festverzinslichen Wertpapieren unter 1.000 DM liegt, sind immerhin Arbeiterhaushalte mit 24 vH. beteiligt.

Wer angesichts dieser Daten die Mär verbreitet, "die Bürger haben bewiesen, daß sie unter der Vielfalt bewährter Anlageformen vernünftig wählen können", verkennt völlig, daß dem Gros der Bundesbürger die materiellen Voraussetzungen fehlen, vernünftiges Wahlverhalten überhaupt unter Beweis stellen zu können.

Ist der Banken-Verband sich eigentlich nicht des Widerspruchs bewußt, der darin liegt, in der Anzeige einerseits die Erfolge des 624-DM-Gesetzes zu feiern, zum anderen aber die von der Bundesregierung und den Koalitionsparteien geplanten Vermögenszertifikate als "erst nach Jahren einlösbare Bezugsscheine" zu diffamieren? Ist dem Banken-Verband wirklich verborgen geblieben, daß auch die Anlage nach dem 624-DM-Gesetz einer siebenjährigen Sperrfrist unterliegt?

Der Banken-Verband fühlt sich offensichtlich wohl in seiner selbsternannten Funktion als Interessenwahrer der privaten Sparer. Er sieht sich in der Lage, zu definieren, wann "die Interessen des Einzelnen nicht zu kurz kommen". Wenn in diesem Zusammenhang nach einem Beispiel für schon vorhandene "Vermögensfunktionäre" gesucht wird, fällt mir immer sofort das Depotstimmrecht der Banken ein.

Warum, so muß man fragen, schließen sich die Banken zum Jahresende 1973 auf die Vermögensbildungspläne der Koalition ein? Ein Grund scheint mir zu sein, daß sie befürchten müssen, ihre Rolle auf den Geld- und Kapitalmärkten werde im Rahmen der Vermögensbildungsmaßnahmen der Koalition durchleuchtet und so transparent wie nie zuvor. Dies hätten sie allerdings nicht zu befürchten, wenn die CDU-Pläne zu realisieren sein würden.

Die Anzeige offenbart, daß es wünschenswert ist, nicht nur die Privilegien in der Vermögensverteilung abzubauen, sondern auch die Macht der Banken kräftig zu beschneiden, die unter anderem im Depotstimmrecht und ihren häufig großen Industriebeteiligungen begründet ist.

(-/28.12.1973/ks/ex)

Der Verschwendung Grenzen setzen

Werden zu Sylvester wieder Millionen verpulvert ?

Wir alle haben es von hoher und höchster Stelle gehört, und viele nachdenklich gewordene Menschen haben es mit Verständnis und großer Aufmerksamkeit aufgenommen: Das Wort von der Verschwendungsgesellschaft, in der wir leben und die nun wohl zu Ende gehen muß, wenn wir die Zeichen der Zeit richtig deuten und erkennen wollen. Verschwendung sollten wir uns alle nicht mehr leisten dürfen, denn sie widerspricht heute den Geboten wirtschaftlicher Vernunft und der Einsicht der allgemeinen Lage, wie sie sich schon Ende dieses Jahres darbietet. Es gibt keinen Anlaß zu überschäumender Freude mit begleitender Verschwendungssucht.

Am Sylvesterabend des Jahres 1972 sind in der Bundesrepublik Feuerwerkskörper im Werte von über 60 Millionen DM buchstäblich verpulvert worden. Mit dem Geld, das diese Verschwendung kostete, hätte viel Nützliches getan werden können. Nachdenklich muß auch die Absicht der Kölner Karnevalisten stimmen, für den Rosenmontag des nächsten Jahres rd. 550.000 DM auszugeben. Rechnet man die Kosten für alle Rosenmontagszüge in der Bundesrepublik zusammen, ergeben sich wohl viele Millionen wertvoller DM. Bedenken die Veranstalter, daß sie damit eine nicht mehr zu verantwortende Verschwendung treiben, und dies in einer Zeit, die von uns allen mehr Besinnung, Wirtschaftlichkeit und Verantwortung abverlangt?

In vielen Bereichen fehlt es an allen Ecken und Enden. Die weltweit wachsende Verminderung des Geldwertes verursacht Notstände. Darunter leiden die Menschen, gerade vieler unserer alten Menschen, die manchmal kaum noch wissen, wie sie mit der von der Ölkrise zusätzlich angeheizten Teuerung fertig werden sollen. Es fehlen überdies Altenheime, es besteht ein Mangel an Kindergärten, viele Krankenhäuser können pflegebedürftige und kranke Menschen nicht mehr aufnehmen, weil für sie kein Raum und kein Bett mehr vorhanden ist. Das Pflegepersonal ist knapp, oft auch ungenügend, denn wer leistet schon gern in unserer nur an materiellen Werten orientierten Gesellschaft Dienst am Nächsten, der finanziell wenig einbringt?

Keiner kann heute wissen, was im Schoße der Zukunft verborgen liegt. Nur eines ist gewiß: Die Welt befindet sich in einem raschen Wandel und sie wird nie wieder so sein, wie sie vor dem 6. Oktober 1973, dem Tag des vierten Krieges in Nahost, war. Haben wir die Kraft und auch den Willen, uns auf diesen Wandel einzustellen, und seinen neuen Anforderungen, der von uns allen eine veränderte Verhaltensweise, die Preisgabe liebgewordener Gewohnheiten und vor allem mehr Bescheidenheit und pfleglichen Umgang mit den vorhandenen Gütern abverlangt? Wird sich unsere Gesellschaft von der Verschwendung zur Bewahrung mausern? Vielleicht gibt der Sylvester 1973 ein Indiz dafür. Niemand leistet ein "Opfer", wenn er auf den Abschluß leuchtender und farbenprächtiger, aber sündhaft teurer Feuerwerkskörper verzichtet, und sich gerade am Übergang vom alten zum neuen Jahr auf Elementares besinnt.

Albert Exler
(-/28.12.1973/ks/ex)

+ + +